

Marthalen dreifach nominiert

NEUHAUSEN. Nicht mehr Benken, sondern Marthalen steht jetzt im Scheinwerferlicht der Atomdebatte: Die regionalen Behörden haben gestern an einer Pressekonferenz zu den Vorschlägen der Nagra für die Oberflächenanlagen Stellung genommen.

JAKOB BÄCHTOLD

Den Gemeindepräsidentinnen und -präsidenten war gestern anzusehen, dass sie lieber zu einem anderen Thema Auskunft gegeben hätten: An der gemeinsamen Pressekonferenz der Regionalkonferenzen Südranden und Zürich Nordost suchte man vergeblich nach lächelnden Gesichtern. Doch im nun anlaufenden Verfahren sollen nicht Emotionen, sondern Fakten sprechen: «Wir werden die Vorschläge der Nagra auf einer sachlichen Ebene prüfen», erklärte die



«Wir werden die Vorschläge der Nagra auf sachlicher Ebene prüfen»

Barbara Nägeli

Marthaler Gemeindepräsidentin Barbara Nägeli. Sie nannte dabei vor allem drei Themen, die bei den vorgeschlagenen Marthaler Standorten (siehe Kartenausschnitte unten) von Bedeutung seien: die Beachtung der Grundwasserzonen, die Auswirkungen für das Naherholungsgebiet sowie die Rücksicht auf den denkmalgeschützten Dorfkern. Die Oberflächenanlage für hoch radio-

aktive Abfälle kommt auf einer Fläche von acht Hektaren zu stehen. Die Haupthalle wird dabei laut Nagra bis zu 150 Meter lang und 25 Meter hoch (siehe Infobox auf Seite 23).

Nägeli erklärte, sie sei «überhaupt nicht glücklich», dass ein mögliches Areal nahe beim jetzigen Bahnhof auf einem Gebiet liege, auf dem ein regionales Arbeitsplatzgebiet geplant ist. In den Nagra-Informationen zu diesem Standort mit dem Kürzel «ZNO-3» heisst es auch, eine «Beeinflussung des Landschaftsbildes» sei «zu erwarten».

Die Auswahl des Standorts «ZNO-1» auf der Grenze zwischen Marthalen und Rheinau bezeichnete der Rheinauer Gemeindepräsident Gerhard Gsponer als «nicht nachvollziehbar». Er widerspreche den Grundsätzen der kantonalen Planung: «Rheinau wird vom Kanton als Bijou behandelt. Deshalb war bei uns eine Gewerbezone nie ein Thema. Und jetzt soll plötzlich eine solche Riesenanlage

möglich sein.» Zudem seien wichtige Grundwasserreservoirs in unmittelbarer Nähe. «Wir werden die weitere Standortsuche konstruktiv, aber hartnäckig begleiten», sagte Gsponer.

Ein drittes mögliches Areal liegt im jetzigen Kiesabbaugebiet zwischen Marthalen und Alten. Das Gebiet ist deutlich abgeschiedener als die anderen beiden. Dafür ist die Erschliessung schwierig: Geplant wäre ein Tunnel bis zur Bahnstrecke. Der vierte mögliche Standort für das Endlagergebiet Zürich Nordost liegt ausserhalb des Kantons in

Schlatt TG. Gemeindeammann Kurt Engel befürchtet, dass durch die Nagra-Pläne nun die Entwicklung der vorgesehenen Industriezone blockiert wird.

Information am 30. Januar

Die Standortsuche geht nun in rasantem Tempo weiter: Bereits Anfang nächster Woche trifft sich die «Fachgruppe Oberflächenstandort» der Regionalkonferenz Zürich Nordost zum ersten Mal. Die Mitglieder werden dann erst einmal von der Nagra informiert und geschult. Barbara Nägeli sag-

te gestern, Marthalen werde sich bemühen, doppelt in der Gruppe vertreten zu sein. Am 30. Januar ist zudem ein Informationsanlass für die Bevölkerung in Marthalen geplant. Gerhard Gsponer will auch in Rheinau «noch vor den Skiferien» eine entsprechende Information durchführen. Michael Aebersold vom Bundesamt für Energie und Markus Fritschi von der Nagra erklärten, es sei ihnen wichtig, dass nun mit allen regionalen Beteiligten eine breite öffentliche Diskussion über die Oberflächenanlagen stattfindet.

Winterthurer Stadtrat ist «gar nicht erfreut»

Heute hat die Nagra mögliche Standorte für Oberflächenanlagen künftiger Tiefenlager veröffentlicht. Ist Winterthur da in die Planung involviert?

Michael Künzle (CVP) Winterthurer Sicherheitsvorsteher: Eben nicht. Wir haben mehrfach beim Bundesamt für Energie angeklopft, aber man will uns nicht dabeihaben. Die Begründung lautet, wir gehörten nicht zur Standortregion, seien also nicht direkt betroffen. Das finde ich sehr störend, schliesslich tangieren diese Entscheide unsere unmittelbare Umgebung.

Für sieben der vorgeschlagenen Standorte würde der Atommülltransport voraussichtlich über den Bahnhof Winterthur abgewickelt.

port voraussichtlich über den Bahnhof Winterthur abgewickelt.

Mit diesem Argument haben wir auch unseren Anspruch auf Mitsprache zu begründen versucht. Denn wir haben schon immer befürchtet, dass die Zufahrt zum Lager auch über Winterthurer Schienen führen würde. Und das freut uns gar nicht.

Sind Sie grundsätzlich gegen eine Lösung auf Zürcher Boden?

Wie die Regierung vertritt auch der Winterthurer Stadtrat die Haltung, dass wir im Grossraum Zürich schon derart grosse Belastungen haben, dass wir hier nicht auch noch ein

Atommüllendlager ertragen müssen. Oberste Priorität hat in dieser Frage aber die Sicherheit des Standorts.



Wichtig ist dabei, dass das ganze Auswahlverfahren transparent und sachlich verläuft – nicht nur für die direkt betroffenen Gemeinden, sondern auch für jene,

die an der Zufahrtstrecke liegen. Gerade das ist für Winterthur aber nicht gegeben. Darum ist es falsch, dass wir aus diesem Prozess ausgeschlossen werden.

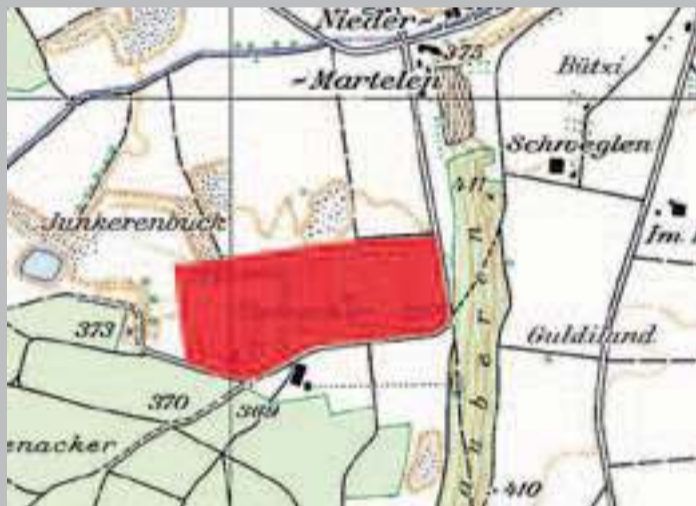
INTERVIEW: ANNA WEPFER

DIE DREI MÖGLICHEN STANDORTE IM WEINLAND: ALLE IN UND UM MARTHALEN



ZNO-1: Zwischen Rheinau, Benken und Marthalen

An der Bahnlinie nach Schaffhausen liegt dieses Areal in der Landwirtschaftszone. Die Distanz zum Rhein beträgt rund 600 Meter. Dank des Waldes im Süden und dem «Isenbuck» im Osten wäre die Oberflächenanlage weder von Marthalen noch von Benken aus direkt zu sehen.



ZNO-2: Kiesgrube am Waldrand

Das Gebiet zwischen Marthalen und Alten liegt etwas abgesenkt und ist deshalb nicht von grösseren Wohngebieten aus einsehbar. Hauptproblem ist die Erschliessung mit der Bahn: Geplant wäre ein 1,7 Kilometer langer Tunnel zur Bahnstrecke zwischen Marthalen und Andelfingen.



ZNO-3: Hinter dem «Landi-Turm»

Zwischen den Bahngleisen und der Autobahn liegt das dritte Areal, gleich beim heutigen Bahnhof Marthalen und beim markanten «Landi-Turm» mit Windrad. Heute befinden sich hier Landwirtschaftsflächen und der alte Fussballplatz. (bä)

Initiative eröffnet die Fusionsdebatte

EULACHTAL. Gegenwind für die grosse Schulfusion: In Elsau bringt eine Initiative die Einheitsgemeinde zurück ins Spiel.

Jetzt kommt es in Elsau zum grossen Showdown: Das «Duell» lautet Einheitsgemeinde gegen grosse Schulfusion im Eulachthal. Adrian Loher, Präsident der Elsauer SVP-Sektion, bringt die Diskussion mit einer Initiative ins Rollen, die er am 16. Dezember 2011 eingereicht hat. Darin werden der Gemeinderat und beide Schulpflegen beauftragt, eine Vorlage zu erarbeiten, welche die Schaffung einer Einheitsgemeinde – also die Vereinigung der Politischen Gemeinde und der Schulgemeinden – zum Inhalt hat.

Damit bringt Loher die Güterfusion zurück aufs Tapet, nachdem ein neuer Anlauf des Gemeinderates im letzten Jahr am Widerstand beider Schulen gescheitert war. «Ich will, dass der Stimmbürger die Wahl hat», sagt Loher. Für ihn ist klar, dass die Schulen ein wichtiger Standortvorteil sind. Diesen sieht Loher nur bei einer Einheitsgemeinde

gesichert. «In einem grossen Schulverband hat der Elsauer Stimmbürger dagegen kaum mehr ein Gewicht.»

Der Gemeinderat hat den Vorstoss bereits als rechtmässig taxiert. Beide Schulpflegen werden an ihren nächsten Sitzungen noch über diesen Punkt befinden. Die Schulpräsidenten lassen aber durchsickern, dass sie die Initiative aus juristischer Sicht kaum bekämpfen werden. «Obwohl sie formelle Mängel aufweist», so Oberstufenschulpräsident Miro Porlezza. Er habe aber kein Problem mit einer politischen Diskussion. «Die Initiative beisst sich allerdings mit einer Schulfusion im Eulachthal.»

Abstimmungstermin noch offen
So wird das Elsauer Stimvolk wohl an der Urne über die Initiative entscheiden können. Der Termin ist noch offen. Zuerst wird es wohl eine Informationsveranstaltung geben. Falls die Initiative

angenommen wird, wären die Behörden verpflichtet, eine neue Gemeindeordnung für die Einheitsgemeinde auszuarbeiten. Darüber würde dann erneut an der Urne abgestimmt.

Die Positionen der Behörden sind schon jetzt klar. Bei der Politischen Gemeinde rennt Loher mit seiner Initiative offene Türen ein. «Wir sind nach wie vor der Meinung, dass dies der richtige Weg ist», sagt Gemeindepräsident Hansueli Sommer. Er zerstreut die Befürchtung, dass die Schulen bei einer Einheitsgemeinde nur noch ein «Anhängsel» wären: «Wir wären eine echte Einheit.» Sommer kann zudem nicht nachvollziehen, dass die Elsauer Schulen eine Fusion der Schulgemeinden im Eulachthal vorziehen. «Das wäre ja noch ein grösseres Konstrukt und die Mitsprache entsprechend geringer.»

Doch Primarschulpräsident Matthias Allenspach widerspricht: «Im grossen Schulverband würde niemand dominieren, da jeder mindestens einen Vertreter stellt.» Bei einer Einheitsgemeinde hätte die Schule dagegen nur einen Delegierten im Gemeinderat gegenüber etwa drei Werkvertretern. Allenspach kann einer Einheitsgemeinde zwar auch Vorteile abgewinnen: «Trotzdem macht eine Schulfusion im Eulachthal aus schulischer Sicht mehr Sinn.» Die Primarschulpflege hat sich bereits einstimmig dafür ausgesprochen. Bei der Oberstufe ist der Entscheid noch offen, ein Umschwenken zur Einheitsgemeinde ist aber kaum denkbar. Die restlichen Schulgemeinden in Schlatt, Hofstetten, Elgg und Hagenbuch fallen ebenfalls bis Ende Januar den Entscheid, ob sie beim grossen Fusionsprojekt im Eulachthal mitmachen wollen.

Oberstufenpräsident Porlezza sieht bei einer Einheitsgemeinde die Elsauer Sekundarschule in Gefahr, weil sie die Schlatter Schüler an die Elgger Oberstufe verlieren könnte, da die Politischen Gemeinden Schlatt und Hofstetten wohl eh fusionieren. «Wir brauchen aber diese Kinder, um eine vernünftige Schule führen zu können.» (fam)

«Ich will, dass der Stimmbürger die Wahl zwischen Schulfusion und Einheitsgemeinde hat»

Adrian Loher, Elsauer SVP-Präsident

Drei Kandidaturen für einen Neuanfang

BUCH AM IRCHEL. In der reformierten Kirchenpflege, die zurzeit von einem externen Sachwalter präsiert wird, zeichnet sich eine Wende zur Normalität ab: Für die angeordnete Ersatzwahl zur Neubesetzung der zurzeit drei vakanten Sitze in der fünfköpfigen Behörde liegen nach Ablauf der ersten Nominationsfrist drei Kandidaturen vor – nämlich von Margrit Gut-Zuber (geboren 1954), von Martin Kramer (1972) und von Yvonne Steiner-Mohr (1964). Für das Präsidium kandidiert Margrit Gut. Die Bäuerin und Hausfrau ist auch als Laienrichterin am Bezirksgericht Andelfingen tätig.

Erfährt diese Kandidatenliste in der zweiten Frist, die bis am 27. Januar dauert, keine Veränderung, wird der Gemeinderat (als wahlleitende Behörde) die drei Personen als im stillen Verfahren gewählt erklären. Andernfalls wird er eine Urnenwahl anordnen, die am 11. März durchgeführt würde.

Von den für die Amtsperiode 2010 bis 2014 gewählten Kirchenpflegern traten vor einem Jahr zwei, im Mai nochmals zwei und im August auch der Präsident zurück. Zwei Mitglieder konnten im September ersetzt werden. (lū)